

Zeitschrift für angewandte Chemie

I. Bd., S. 141—144

Aufsatzteil

22. Mai 1917

Verspätete Zahlung von Patentgebühren durch den Inhaber der ausschließlichen Lizenz.

(Die Bundesratsverordnung vom 10. September 1914.)

Mitgeteilt von Patentanwalt Dr. C. WIEGAND, Berlin.

Eingeg. 11./3. 1917.

In vielen Fällen haben Deutsche durch Lizenzvertrag sich die Ausnutzung deutscher Patente von Ausländern gesichert. Meist übernimmt der deutsche Lizenznehmer, insbesondere wenn er eine ausschließliche Lizenz erworben hat, die Verpflichtung zur Zahlung der Jahresgebühren für das Patent. In einem solchen Falle hatte eine deutsche Firma als ausschließliche Lizenznehmerin jahrelang die Zahlung der Jahresgebühren für ein Patent zweier Engländer geleistet. Im Kriege war dies aber einmal infolge Einziehung des betreffenden Beamten der Firma und starker Arbeitsüberlastung der zurückbleibenden Angestellten versehentlich unterblieben. Als das Versehen gemerkt wurde, wurde die Zahlung nachgeholt, und es wurde beantragt, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß der Bundesratsverordnung vom 10. September 1914 zu gewähren. Gemäß dieser Verordnung kann das Patentamt denjenigen, der durch den Kriegszustand verhindert worden ist, eine Frist einzuhalten, deren Versäumung nach gesetzlicher Vorschrift einen Rechtsnachteil zur Folge hat, auf Antrag wieder in den vorigen Stand einsetzen. Die Anmeldeabteilung lehnte die Wiedereinsetzung als unzulässig ab. Die Beschwerdeabteilung II hob die Entscheidung auf und setzte die deutsche Lizenznehmerin in den vorigen Stand ein, so daß die an sich verspätete Zahlung als rechtzeitig erfolgt gilt.

Im nachstehenden ist die Entscheidung der Beschwerdeabteilung II vom 1. März 1917 wiedergegeben.

„Durch den angefochtenen Beschluß der Anmeldeabteilung VI ist der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand als unzulässig abgewiesen worden, weil nur die in der Rolle eingetragenen Patentinhaber als die zur Zahlung der Gebühr verpflichteten Schuldner zur Stellung des Wiedereinsetzungsantrages berechtigt seien, ein Antrag derselben aber nicht vorliege, auch mangels Verbürgung der Gegenseitigkeit in England gemäß § 3 der gedachten Verordnung nicht würde zum Ziele führen können.

Der Beschwerde war stattzugeben, da weder der Wortlaut der Bundesratsverordnung noch die Bestimmungen des Patentgesetzes der Legitimation der ausschließlichen Lizenzberechtigten zur Stellung des Wiedereinsetzungsantrages entgegenstehen. Gegen den Standpunkt der Anmeldeabteilung sprechen zunächst Erwägungen allgemeiner Art. Die Bundesratsverordnung vom 10. September 1914 verfolgt in erster Reihe den offensichtlichen Zweck, die deutschen Staatsangehörigen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes gegen nachteilige Einwirkungen des Kriegszustandes nach Möglichkeit zu schützen. Zu diesem Behufe sind die beiden Rechtswohltaten der Stundung und der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung gewisser Fristen geschaffen worden. Schon von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist das Ergebnis, zu dem die Vorinstanz gelangt ist, abzulehnen. Man käme sonst zu dem Schlusse, daß einem Deutschen, der ein Patent vielleicht gerade wegen der Kriegsverhältnisse erworben hat, aber die Umschreibung in der Rolle auf seinen Namen nicht hat herbeiführen können, die Möglichkeit der Stundung und der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt werden muß. Es kann keinem begründeten Zweifel unterliegen, daß eine solche Folge eine unerträgliche Härte für die deutschen Staatsangehörigen bedeuten und mit dem allgemeinen Rechtsempfinden sowie dem Geist der Verordnung unvereinbar wäre. Nicht die formelle Berechtigung an einem Patente kann daher die Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Verordnung bilden, sondern es muß genügen, wenn eine materielle Berechtigung vorhanden ist. Aus diesen Erwägungen heraus ist dann auch in solchen Fällen notorisch und mit Recht schon bisher, sofern die sonstigen Vorbedingungen erfüllt waren, die Stundung regelmäßig bewilligt worden. Die Wiedereinsetzung anders zu behandeln, liegt kein Grund vor. Ist aber dem materiellen Patentinhaber die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Rechtswohltaten der Verordnung zuzubilligen,

so muß dieselbe auch dem Inhaber einer ausschließlichen Lizenz zugestanden werden, da die obigen Erwägungen durchweg auch bei diesem zutreffen, und ein sachlicher Grund zur unterschiedlichen Behandlung nicht ersichtlich ist.

Der formale Rechtsstandpunkt der Anmeldeabteilung würde überdies zu unhaltbaren Ergebnissen führen. Denn nach ihm würden alle Vorteile der Verordnung einem feindlichen Staatsangehörigen, der ein deutsches Patent erworben, aber noch nicht auf seinen Namen in der Rolle hat umschreiben lassen, zugute kommen können, nicht aber auch im umgekehrten Falle einem Deutschen. Ein solches dem Rechtsempfinden widersprechendes Ergebnis kann nicht in dem Willen des Gesetzgebers gelegen haben.

Die Ausführungen der Vorinstanz sind aber auch in ihrem Hauptpunkte, nämlich in der Darlegung, daß der eingetragene Patentinhaber der Schuldner der Jahresgebühren sei, rechtlich verfehlt. Richtig ist allerdings, daß nach § 8 des Patentgesetzes für jedes Patent Gebühren gezahlt werden müssen, wenn es in Kraft bleiben soll. Allein hieraus folgt noch nicht, daß auch eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung der Gebühren für den eingetragenen Patentinhaber besteht. Bestände eine solche, so müßte die Folge sein, daß ihre Erfüllung auch erzwingbar wäre, d. h. daß die Gebühr auch eingeklagt oder sonstwie beigetrieben werden könnte. Eine derartige Bestimmung fehlt aber im Patentgesetz und ist auch aus sonstigen Rechtsvorschriften nicht herzuweisen. Würde eine erzwingbare Zahlungsverpflichtung bestehen, so hätte nicht in § 9 des Patentgesetzes bestimmt werden können, daß bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Gebühren das Patent erlischt, denn sonst wäre eine Gebühr zu entrichten, der keine Gegenleistung des Reiches (die weitere Schutzgewähr) gegenüberstände. Ohne Gegenleistung ist aber eine Gebühr undenkbar. In Wahrheit besteht dann auch eine Verpflichtung zur Gebühreinzahlung überhaupt nicht. Die Vorschrift des § 8 des Patentgesetzes, daß für jedes Patent Jahresgebühren zu entrichten sind, ist vielmehr nur dahin aufzufassen, daß die Zahlung der Gebühren die tatsächliche Voraussetzung für die künftige Fortdauer des Patentschutzes bildet. Sie hat deshalb auch im voraus zu geschehen, steht aber völlig im Belieben des Patentinhabers und kann auch nicht nur von diesem, sondern von jedem Dritten mit rechtlicher Wirkung geleistet werden.

Mit Unrecht beruft sich die Anmeldeabteilung für ihre Auffassung auf die in dem angefochtenen Beschlusse näher bezeichneten Urteile des Reichsgerichts. In diesen wird die Frage, ob nach dem Patentgesetz eine Verpflichtung zur Gebühreinzahlung besteht, überhaupt nicht erörtert, sondern lediglich die, ob jemand nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts einem anderen gegenüber verpflichtet war, die Jahresgebühren für ein Patent zu entrichten.

Auch die Bestimmungen des § 4 des Patentgesetzes bietet keine Handhabe zu einer anderen Auslegung der einschlägigen Vorschriften.

Gegen die Zubilligung der Antragsberechtigung auf Grund der Bundesratsverordnung vom 10. September 1914 an den, der ein materielles berechtigtes Interesse am Patente nachweist, spricht auch nicht die Erwägung der Anmeldeabteilung, daß alsdann der nicht antragsberechtigte feindliche Staatsangehörige die Vorschrift des § 3 daselbst jederzeit zu umgehen vermöchte, indem er einen inländischen Lizenznehmer zum Zweck der Antragstellung lediglich vorschiebe. Denn ob eine Verschiebung stattgefunden hat, ist eine reine Tatfrage und um deswillen ohne Bedeutung, weil diesem Umstand bereits auf Grund des § 3 a. a. O. gebührend Rechnung getragen werden kann.

Hiernach war die Antragstellerin für die erbetene Wiedereinsetzung als legitimiert zu erachten. Aber auch in der Sache selbst ist ihr Antrag als begründet anzuerkennen. Durch ihr Vorbringen ist glaubhaft gemacht, daß die Zahlung der fälligen Jahresgebühr innerhalb der Fristen des § 8 Abs. 3 des Patentgesetzes lediglich versehentlich unterblieben ist, und daß dieses Versehen auf die militärische Einberufung ihres mit der Überwachung der Patente betrauten Beamten und die starke Arbeitsüberhäufung ihres sonstigen, jetzt nur noch sehr geringen Personals zurückzuführen ist.

Es liegt somit eine durch den Kriegszustand herbeigeführte entschuld-
bare Unterlassung vor. Da das Versehen erst am . . . bemerkt worden
ist und die durch den Krieg bedingten Störungen des Geschäfts-
betriebes mindestens bis zu diesem Zeitpunkt bestanden haben, sind
auch die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen gewahrt.

Da das Verfahren in einer gemäß § 16 des Patentgesetzes erhobenen
Beschwerde gebührenfrei erfolgt, war die gezahlte Beschwerdegebühr
zurückzuerstatten.“

Die Entscheidung der Beschwerdeabteilung ist sehr zu begrüßen.
Sie zeichnet sich durch verständnisvolles Eingehen auf die besonderen
schwierigen Verhältnisse der Industrie im Kriege und entsprechende
Auslegung der Bundesratsverordnung vom 10. September 1914 aus,
deren Absicht und Zweck es gewesen ist, den zuständigen Stellen
des Kaiserlichen Patentamtes die rechtliche Grundlage zu schaffen,
um Härten, Schäden und Hindernisse zu beseitigen, die der Krieg
herbeigeführt hat, und die die ordnungsmäßige Behandlung
der Patentangelegenheiten stören oder unmöglich machen.
Der Gesetzgeber kann natürlich nicht im einzelnen aufzählen, wer
zu Anträgen nach der genannten Bundesratsverordnung aktiv legiti-
miert ist, und wer nicht; der Gesetzgeber kann ferner unmöglich
auch nur gruppenweise alle die Hindernisse voraussagen oder gar auf-
zählen, die der ordnungsmäßigen Erledigung der Geschäfte gerade im
Kriege in so überaus erhöhtem Maße entgegenstehen; er kann nur
allgemein der entscheidenden Stelle im Patentamt das Mittel an
die Hand geben.

Die Entscheidung der Beschwerdeabteilung spricht für sich selbst,
und besonders erfreulich ist der Grundsatz: Die Bundesratsverord-
nung soll heilend wirken, die durch den Wortlaut der Bundesrats-
verordnung gezogenen Grenzen sprechen nicht dagegen, daß dieser
besondere Fall innerhalb der Grenzen der Möglichkeit der Heilung
liegt, infolgedessen wird geheilt.

Ein alter Wunsch lebt bei Betrachtung der Bundesratsverord-
nung und ihrer praktischen Folgen wieder auf. Es möge die Wieder-
einsetzung in den vorigen Stand, die das Patentgesetz in Friedens-
zeiten nicht kannte, im neuen Gesetz nicht vergessen werden. Auch
im Frieden sind hin und wieder große Härten gerade bei Verspätung
von Gebührenzahlungen entstanden, und während die Möglichkeit
der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei versäumten Fristen
unserem sonstigen Rechtsleben nicht fern ist, fehlte sie gerade im
Patentgesetz. Eine solche Vorschrift würde auch im Frieden manche
Härte mildern können, ohne daß die gewiß im öffentlichen Interesse
liegende Ordnung in der Patentrolle und Übersichtlichkeit der tat-
sächlichen Rechtsverhältnisse darunter zu leiden hätte. [A. 27.]

Die Fettanalyse und die Fettchemie im Kriegs- jahre 1916.

Von Dr. W. FAHRIÓN.

(Fortsetzung von S. 140.)

Was die Verwendung der Cumaronharze anbelangt,
so betont Mh.¹⁰¹⁾, daß sie auch nur für „Kriegsanstriche“ brauch-
bar seien. Manche lösen sich glatt und dauernd in Benzin, andere nur
in Benzol und Solventnaphta. Die weichen Cumaronharze werden
zweckmäßig mit Kopal oder Bernstein bei nicht zu hoher Tempe-
ratur gemischt. Ein Verkochen, wie bei den echten Kopallacken, ist
unmöglich, weil sich dabei beträchtliche Mengen Cumaronharz ver-
flüchtigen würden. Harte Cumaronharze können mit einer öligen
Komponente zu lackartigen Produkten verarbeitet werden; am besten
ist Leinöl; Trane u. dgl. geben nur Schmierer. — Krumharr¹⁰²⁾
erklärt die Cumaronharze für ein ausgezeichnetes Streckungsmittel;
mit Zusatz von Leinöl, Linoxyn, Kopallack liefern sie sehr brauch-
bare Fabrikate, wenn sie auch später bei wirklicher Qualitätsware
wieder ausscheiden werden. Das beste Lösungsmittel ist Solvent-
naphta I, Siedepunkt 120—160°, auch II, Siedepunkt 130—180°,
mit stärkerem Geruch, ist noch brauchbar. Aber Standöl gibt mit
diesen Lösungsmitteln verhältnismäßig dickere Lösungen als ein
zähflüssiges Cumaronharz. Wichtig ist die Transparenz; ein dunkles,
aber transparentes Harz kann eine hellere Lösung liefern als ein
helles Harz mit dunkleren Anteilen. Auch dicken manche Sorten,
trotz der chemischen Indifferenz, mit Farben ein. — Über die Her-
stellung von Zelluloid- bzw. Zaponlacken schrieb aus-

führlieh O. Prager¹⁰³⁾, die betreffenden Patente hat M. Schall¹⁰⁴⁾
zusammengestellt, ebenso die patentierten Verfahren zur Gewinnung
von Lederlacken¹⁰⁵⁾.

Trockenprozeß.

C. L. Schumann²³⁾ fand, daß polymerisiertes Holzöl beim
Einblasen von Luft nur wenig Sauerstoff aufnimmt und vermutet,
daß die infolge Polymerisation verschwundenen Doppelbindungen
mehr zur Autoxydation geneigt waren als die übrig gebliebenen. (In
dem nicht polymerisierten Anteil hat sich der Ölsäuregehalt stark
angereichert. D. Ref.) In Übereinstimmung hiermit fand er ferner,
daß das dimolekulare Glycerid der α -Elaeostearinsäure (s. früher) in dünner Schicht nur sehr langsam
trocknet, aber einen sehr widerstandsfähigen Film liefert und nicht
weiß wird. Das Weißwerden beim Trocknen des gewöhnlichen Holz-
öls erklärt er durch die Entstehung von β -Elaeostearin-
säure.

Über das Verhalten des Cumaronharzes beim Trocknen
der Anstriche macht Krumharr¹⁰²⁾ folgende Mitteilungen.
Das Paracumaron ist wohl einer weiteren Polymerisation fähig,
nimmt aber keinen Sauerstoff auf. Dagegen ist das Parainden fähig,
in dünner Schicht Sauerstoff aufzunehmen und zu einem festen
Körper zu verharzen. Gleichzeitig verdunsten die noch vorhandenen
Schwerbenzolbestandteile, und die Gesamtheit dieser Vorgänge sieht
wie ein richtiger Trockenprozeß aus. Der Film des Paraindens ist
klebfrei, während der des Paracumarons nachklebt, sich aber im Lauf
der Zeit weiter verfestigt.

Die Fehler, welche der Film eines Lackanstrichs zeigen kann,
werden durch G. Scott¹⁰⁶⁾ folgendermaßen charakterisiert. Das
Ausblühen wird veranlaßt durch Feuchtigkeit, eine zu kalte
Streichfläche, Anwesenheit von Zinkresinat oder zu kurzes Lagern
der Lacke. Wie der Wein, so wird auch der Lack erst durch das
Lagern gebrauchsfertig. Abblättern oder Fleckig werden
kann als Ursache haben: einen saugenden Untergrund, zu viel Ver-
dünnungsmittel, zu kalte oder zu feuchte Streichfläche, Einwirkung
schädlicher Gase oder Dämpfe, bei Holzöllen zu geringes Erhitzen
des Holzöls. Das letztere Moment kann auch eine Hautbildung
veranlassen, als weitere Ursachen kommen hierfür in Betracht: Ver-
wendung von Rohharz oder von zu viel Trockenstoff. Wenn infolge
ungenügender Erhitzung bei Herstellung des Lacks Öl und Harz
nicht richtig verbunden sind, so fließt er nicht richtig aus dem Pinsel
und trocknet streifig oder strähnig. Der Film kann Luft-
bläschen, „Tränen“, aufweisen, besonders Lacke, welche Erdöl-
produkte enthalten, zeigen diesen Übelstand. Zu wenig Verdünnungs-
mittel, also zu viel Harz und Trockenstoff, kann das Treiben
des Lacks veranlassen. Runzeln des Films rühren von einem
zu hohen Leinölgehalt her. Ein Lack „schwitzt“, wenn der Film
nach dem Abreiben mit Bimsstein wieder glänzend ausschlägt.
„Poren“, d. h. kleine Löcher, kann der Film zeigen, wenn der Lack
zu stark geführt wurde.

Fettreduktion.

Der Streit Erdmann-Normann (1915) ist zu einem
gewissen, wenn auch vielleicht nicht endgültigen Abschluß gelangt.
Theoretisch blieb Normann Seger, denn sein Satz: Keine Fett-
härtung ohne freies Metall! darf heute als bewiesen angesehen
werden. Auf der anderen Seite erhielt aber Erdmann bzw. die
Gesellschaft Ölverwertung, G. m. b. H. in Magdeburg ein Patent¹⁰⁷⁾
mit folgendem Anspruch: Verfahren zur Darstellung von gesättigten
Fettsäuren und deren Glyceriden aus den entsprechenden ungesättigten
Verbindungen durch Hydrierung, dadurch gekennzeichnet, daß als
Wasserstoffüberträger ein fein verteiltes Metall-oxyd verwendet
wird.

W. Normann¹⁰⁸⁾ wandte sich zunächst gegen Siegmund
und Suida (1915). Die von ihnen untersuchten gebrauchten
Katalysatoren enthielten viel organische Substanz, welche die Leit-
fähigkeit des gleichzeitig vorhandenen metallischen Nickels stark
herabdrückt. Siegmund und Suida selbst gaben für ein Ge-
misch, das mindestens 50% Nickelmetall enthielt, eine „geringe Leit-
fähigkeit“ an. Auch die spezifischen Gewichte seien ohne Beweiskraft,

¹⁰³⁾ Seifensieder-Ztg. 43, 263—264, 286—287, 331—332; Angew.
Chem. 29, II, 326 [1916].)

¹⁰⁴⁾ Kunststoffe 6, 113; Angew. Chem. 29, II, 445 [1916].

¹⁰⁵⁾ Kunststoffe 6, 157; Angew. Chem. 29, II, 445 [1916].)

¹⁰⁶⁾ Ref. Farben-Ztg. 21, 940 [1916].)

¹⁰⁷⁾ D. R. P. 292 649 vom 17./3. 1911; Angew. Chem. 29, II,
324 [1916].

¹⁰⁸⁾ Chem.-Ztg. 40, 381; Angew. Chem. 29, II, 324 [1916].

¹⁰¹⁾ Farben Ztg. 21, 1011; Angew. Chem. 29, II, 487 [1916].

¹⁰²⁾ Farben-Ztg. 21, 1086; Angew. Chem. 29, II, 487 [1916].)